



Schwule und Lesben gibt's hier nicht

„LSBTI-freie Zonen“ in Polen – Seite 5 bis 8

Interview: »Die CDU in die Zukunft führen«

CDU-Generalsekretär
Kai Seefried berichtet
aus der CDU-
Satzungskommission

Seite 9 und 10

Ehrenmitglied: Die LSU dankt Mareike Wulf

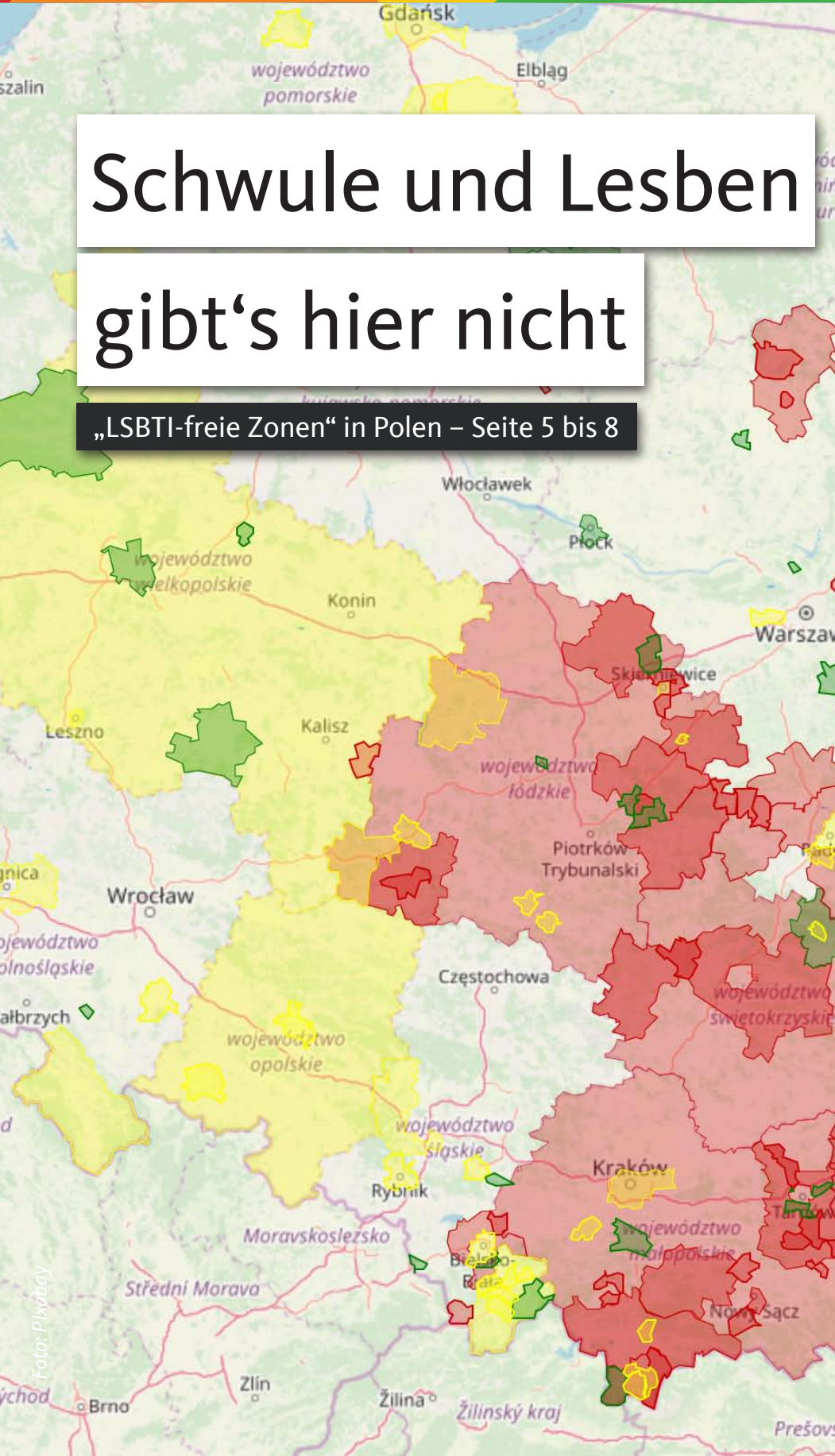
Bürgerliche Politik ist
nicht anti-liberal. Dafür
steht die Abgeordnete
aus Hannover

Seite 11

Wahlschlappe: Hamburgs CDU ringt mit Kurs

Hat die liberale
Großstadt-CDU
versagt? Hamburgs
CDU muss sich ändern

Seite 13





Moin!

Herr, die Not ist groß! Die ich rief, die Geister werd ich nun nicht los“, lässt Johann Wolfgang von Goethe seinen inzwischen etwas panisch gewordenen Zauberlehrling hilfeschend ausrufen. Vorangegangen war eine aus Überheblichkeit ausgeführte Tat, gefolgt von einem Machtausch, der schließlich nackter Angst und Verzweiflung weicht.

Spätestens seit Freitag, dem 13. März hat das **Coronavirus** (wissenschaftlich SARS-CoV-2) auch Niedersachsen und die gesamte Bundesrepublik fest im Griff und das öffentliche Leben weitgehend lahmgelegt. Wir berichten über die **Konsequenzen für CDU, LSU und Community** auf der Seite 4.

Während also die Verantwortlichen auf allen Ebenen einmal mehr im Krisenmodus agieren, ist dem Rest des Landes eine Zwangspause verordnet. Zeit für schöne Dinge, die sonst so schnell dem üblichen Hamsterrad zum Opfer fallen. Vielleicht aber auch Zeit, um einmal darüber zu reflektieren, ob die rasante Ausbreitung einer Erkrankung nicht auch ein unangenehmer Nebeneffekt der Globalisierung sein könnte – ein Geist, den wir riefen und den wir nun nur mit großen Anstrengungen wieder unter Kontrolle zu bekommen suchen. Was kann uns

diese Erfahrung über Anforderungen, Gestaltung und Folgen einer immer enger zusammenrückenden Welt lehren? Vielleicht ist es auch Zeit, mal wieder Hans Jonas' „Das Prinzip Verantwortung“ aus dem Regal zu holen...

Wenn man so will, kann man auch unsere Themen in diesem Monat in einen Globalisierungskontext einordnen. So hat der Umgang mit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ – bei Lichte gesehen übrigens eine Flüchtlingsaufnahmebereitschaftskrise, wie Bernd Ulrich so treffend in der „Zeit“ schreibt – im Jahr 2015 auch in Osteuropa nationalistische Regierungen befestigt, die nun auch verschärft Front gegen LSBTI machen. Der jüngste Auswuchs dieser menschenfeindlichen Politik ist das Aufkommen sogenannter **„LSBTI-freier Zonen“ in weiten Teilen Polens**. Wir befassen uns damit auf den Seiten 5 bis 8.

Unsere Partei verordnet sich einen neuen Kurs – oder bestätigt den alten? Wir sprachen mit **Kai Seefried, Generalsekretär der Niedersachsen Union** und Mitglied des vierköpfigen Koordinierungsteams der **Satzungs- und Strukturkommission** (Seite 9 und 10).

Wie nötig so eine Selbstvergewisserung sein kann, zeigt vielleicht auch das desaströse Abschnei-

den der **CDU in Hamburg**. Wir beleuchten den Wahlausgang aus unserer Sicht auf Seite 13.

Auch wir selbst als LSU müssen uns nach den letzten Jahren fragen, **wofür wir weiterhin stehen und was uns wichtig ist**. Die Landesmitgliederversammlung am 22. Februar hat daher einen Leitbildprozess eingeleitet. Auch wenn dieser – coronabedingt – nun etwas verlangsamt vorstatten geht, berichten wir auf Seite 12.

Ich wünsche Euch und Ihnen wie immer eine anregende Lektüre – Zeit genug ist jetzt ja. Bleibt und bleiben Sie gesund.



Sven Alexander van der Wardt
Landesvorsitzender
LSU in Niedersachsen



Foto: LSU

Stammtisch jetzt donnerstags

Ab sofort: gleicher Ort, anderer Wochentag

Seit über fünf Jahren trifft sich die LSU immer am ersten Mittwoch im Monat zum LSU-Stammtisch in Hannover. Damit ist jetzt Schluss – denn wir wechseln auf den Donnerstag! Der Rest bleibt aber gleich. Ab sofort gilt: Immer am ersten Donnerstag im Monat treffen wir uns um 19 Uhr im Max Walloschke (Lange Laube 2). Interessierte Gäste sind herzlich willkommen. **Vorerst pausieren wir allerdings aufgrund der Corona-Pandemie.**



Foto: LSU

CDU-Talk im Theater

Theologin Bahr: „Orientierung“ statt „Werte“

Hannovers Regionalbischöfin Dr. Petra Bahr spricht lieber von „Orientierungen“, statt von „Werten“. Denn selbst die Mafia könne Werte haben. Die Orientierungen deuteten aber eher auf den Horizont unseres Handelns. Beim „Talk im Theater“ des CDU-Fraktionschefs Dirk Toepffer diskutierte die Theologin mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Philipp Amthor und der niedersächsischen CDU-Landtagsabgeordneten Petra Joumaah.

Checkpoint queer vor dem Aus?

Queeres Zentrum in Lüneburg braucht Geld

Lüneburgs queeres Zentrum „checkpoint queer“ sammelt Spenden, um seine Arbeit fortsetzen zu können. Wie der Trägerverein auf gofundme.com schreibt, halte das niedersächsische Sozialministerium nötiger Gelder zurück. Das Zentrum wurde 2016 gegründet, als der QNN e.V. einmal eine besonders hohe Fördersumme vom Land erhalten hatte. Da die Stadt Lüneburg keinen Beitrag zur Finanzierung leistet, wird das Geld nun knapp.



Foto: checkpoint queer



Foto: LSU

Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG):
Dr. Sven Alexander van der Wardt,
Vorsitzender LSU in Niedersachsen

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen
c/o Wilfried-Hasselman-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover

Abmeldung vom Newsletter:
alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Foto: CDU/Tobias Koch



CDU-Parteitag verschoben

Vorerst alle Veranstaltungen abgesagt

„Für die CDU Deutschlands war, ist und bleibt klar: Die Sicherheit und die Gesundheit der Menschen in unserem Land haben höchste Priorität. Jeder von uns ist aufgerufen, seinen Beitrag dafür zu leisten, die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen“, erklärte Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer Anfang März. Der für den 25. April geplante Bundesparteitag in Berlin musste deshalb aufgeschoben werden. 🌐

Foto: Böttcher, Roth, Chaperon

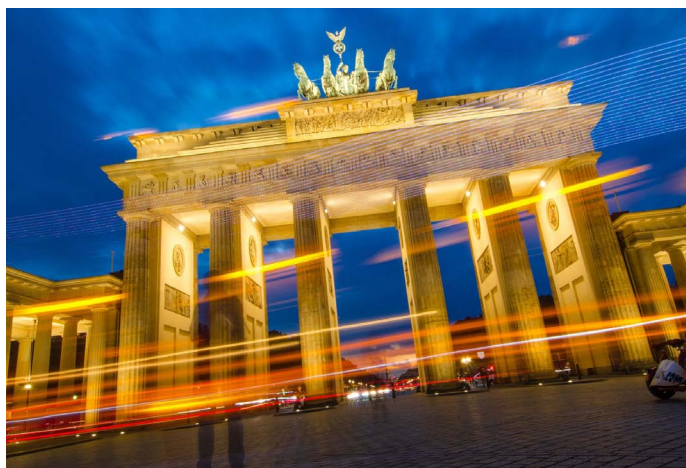


Wahlkampf ausgesetzt

Merz, Röttgen und Laschet pausieren

Die drei Bewerber um den CDU-Vorsitz, Friedrich Merz, Norbert Röttgen und Armin Laschet haben ihren parteiinternen Wahlkampf vorerst ausgesetzt. Zudem wurde Mitte März bekannt, dass sich Merz mit dem Corona-Virus infiziert hat. Wir hatten eigentlich vor, in dieser Ausgabe mit drei Kommentaren einen Beitrag zum Wahlkampf zu leisten. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen schieben wir diese Beiträge nun noch etwas auf. 🌐

Foto: Pixabay.com



LSU-Jahresempfang verschoben

Neuer Termin steht noch nicht fest

Der für den 14. Mai geplante parlamentarische Jahresempfang der LSU muss ebenfalls aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie abgesagt werden. Zum aktuellen Zeitpunkt ist noch unklar, wie lange die Schutzmaßnahmen zu Einschränkungen des öffentlichen Lebens führen. Daher hat sich der Bundesvorstand entschlossen, den Termin zu schieben. Wann das Event in Berlin nachgeholt werden kann, ist noch unklar. 🌐

Foto: Andersraum



Queere Zentren vorerst dicht

Beratung gibt es aber per Video-Chat

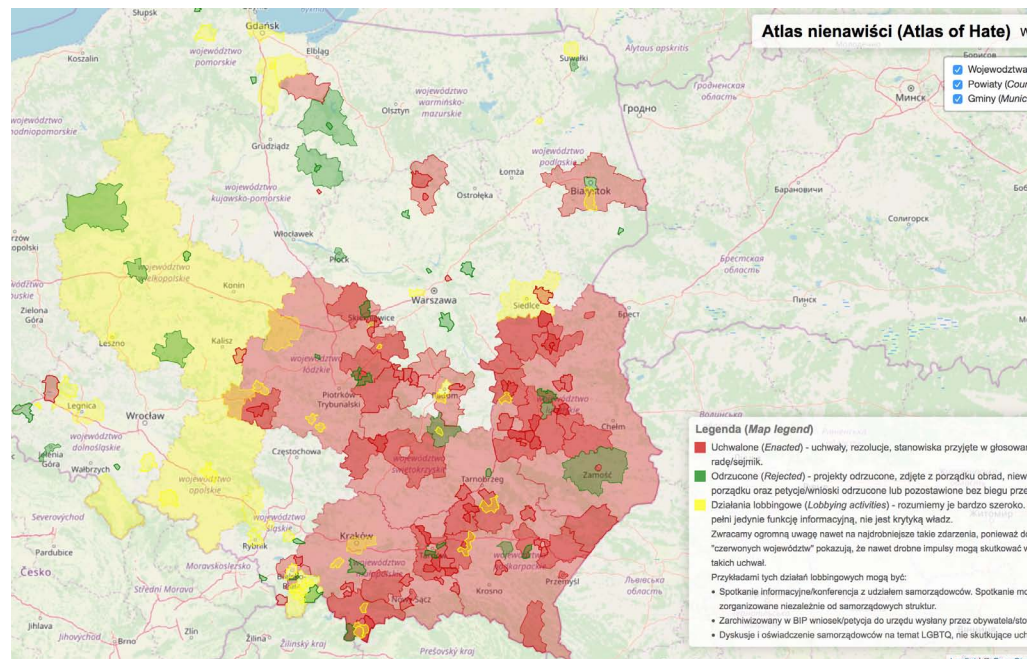
Auch die queeren Zentren mussten schließen. „Gruppentreffen, Testangebote und Veranstaltungen finden nicht statt“, erklärte der Andersraum in Hannover. Beratung wird aber über geschützte Video-Chats angeboten. Es werden auch Live-Streams und Webinare angeboten. Der Andersraum verweist Trans-Personen bei Fällen von häuslicher Gewalt an das „Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen“ oder den Verein „Frauen helfen Frauen“. 🌐

In Polen breitet sich der Hass aus

Sexuelle Minderheiten werden in Ost-Europa massiv ausgegrenzt

Im Sommer 2017 kam ein junges Pärchen, Maria und Krzysztof, an unseren LSU-Infostand auf dem Christopher Street Day in Hamburg. Die beiden kommen aus Polen, zu der Zeit befanden sie sich auf einer Reise durch Deutschland und waren nur zufällig auf den Hamburg Pride gestoßen. Sie waren begeistert von der bunten Parade und dem breiten gesellschaftlichen Bündnis, das sich hier für Vielfalt und Toleranz gegenüber sexuellen Minderheiten einsetzte. Unvorstellbar, dass sich aktuell etwas vergleichbares in Polen findet. Und vor allem die Beteiligung der CDU imponierte den beiden. Nicht möglich, dass sich die polnische Regierungspartei an einem Pride beteiligt.

Inzwischen hat sich die Situation in Polen weiter zugespitzt, nicht zuletzt auch für Homosexuelle. Die rechts-nationalistische Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) höhlt den Rechtsstaat aus. Stärke wird auf den Schultern der Schwachen simuliert. In den zurückliegenden Monaten haben sich immer mehr Kommunen, Kreise und Woiwodschaften zu „LSBTI-freie Zonen“ erklärt. Das bedeutet, dass lesbische, schwule, bi-, trans- oder intersexuelle Menschen dort angeblich nicht leben – und auf jeden Fall nicht leben sollen. Die angebliche „LSBTI-Ideologie“ wird abgelehnt. Initiiert wurde diese Kampagne von der rechts-konservativen Zeitung Gazeta Polska, die entsprechende Aufkleber mit durchgestrichenen Regenbogensymbolen verteilen ließ. Zum einen wird damit ein



In rund einem Drittel des Landes haben sich Kommunen und Woiwodschaften zu „LSBTI-freien Zonen“ erklärt. Homosexuelle sind dort nicht willkommen.

Klima geschaffen, dass Angehörigen sexueller Minderheiten das Leben schwer macht. Zum anderen werden ganz konkret Förderungen für LSBTI-Projekte etwa für Aufklärungs- und Antidiskriminierungskampagnen in Schulen verhindert.

EU-Parlament kritisiert Diskriminierung in Polen

Im Dezember nahm das Europäische Parlament einen Entschließungsantrag eines breiten parlamentarischen Bündnisses an, der die EU-Kommission dazu auffordert, die öffentliche Diskriminierung von LSBTI-Personen zu verurteilen. Auch die Europäische Volkspartei hat diesen Antrag unterstützt. Die Abgeordneten brachten damit ihre tiefe Besorgnis über die wachsende Zahl von

Angriffen auf lesbische, schwule, bisexuelle, transgender und intersexuelle (LSBTI) Menschen in der EU durch Staaten, Staatsbeamte, nationale und lokale Behörden sowie Politiker zum Ausdruck, heißt es in einer Presseerklärung des EU-Parlaments. Jüngste Beispiele seien homophobe Äußerungen während einer Referendumskampagne in Rumänien und Hassreden gegen LSBTI-Bürger im Zusammenhang mit Wahlen in Estland, Spanien, Großbritannien, Ungarn und – insbesondere – die „LSBTI-freien Zonen“ in Polen. „Das Europäische Parlament fordert die polnischen Behörden nachdrücklich auf, diese Handlungen zu verurteilen und alle Entschlüsse zurückzuziehen, in denen die Rechte der LGBTI angegriffen werden. Darüber hinaus sollte die Kommission dafür sor-

gen, dass EU-Mittel nicht für diskriminierende Zwecke verwendet werden.“

Die neue EU-Kommissarin für Gleichstellung Helena Dalli (Malta, Sozialdemokratin) hat im Februar den Umgang Polens mit LSBTI gerügt. Bei einem Treffen der LSBTI-Intergroup des EU-Parlaments sagte sie: „Was mir persönlich am meisten Sorge bereitet, ist die wachsende Zahl von gewaltsamen Übergriffen auf LSBTI. Diese Kommission wird nicht zögern, alles zu tun, was notwendig ist und im Rahmen der Verträge möglich ist.“ Dalli kündigte eine LSBTI-Equality-Strategie der EU an, mahnte aber auch, dass die Rechte von LSBTI nicht von der EU-Kommission allein verteidigt werden können – es brauche dazu auch die Mitarbeit der Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft.

Partnerschaften nutzen, Haltung zeigen!

Etwa zur selben Zeit verbreitete sich in der europäischen LSBTI-Community der Aufruf, die Lage in Polen bei den hiesigen Partnerstädten all jener polnischen Städte und Regionen zu thematisieren, die sich zu „LSBTI-freien Zonen“ erklärt haben. Die Community fordert die deutschen Partnerstädte auf, diese Städtepartnerschaften auszusetzen. Niedersachsens LSU-Landeschef sagt dazu aber: „Wir wollen die Städtepartnerschaften nicht beenden, wir wollen den Dialog nicht abreißen lassen. Im Gegenteil: Wir wollen die guten Beziehungen nutzen. Unser Motto lautet: Städtepartnerschaften nutzen, Haltung zeigen!“

Niedersachsen pflegt eine Vielzahl von Städtepartnerschaft-



ten mit polnischen Städten. Nur eine davon liegt aber in einer „LSBTI-freien Zone“ – Wielun. Wieluns Partnerstadt in Niedersachsen ist der Flecken Adelebsen im Landkreis Göttingen. „Anfang März haben wir Adelebsens Bürgermeister und der CDU-Vorsitzenden einen Brief geschrieben und über die Situation informiert. Wir appellieren an die Entscheidungsträger, die Entwicklung ernst zu nehmen und nun zu handeln. Als LSU bieten wir dazu natürlich unsere Unterstützung in inhaltlichen Fragen an.“

In diesem Zusammenhang nahm die Niedersachsen-LSU auch zu Unterstützern in der Landespartei Kontakt auf. CDU-Fraktionschef Dirk Toepffer reagierte schnell mit einem öffentlichen Statement auf Twitter. Am 4. März schrieb er: „Die jüngst in #Polen ins Leben gerufenen ‚#LSBTI-freien Zonen‘ widersprechen unseren europäischen Werten. Wir stehen für eine vielfältige und offene Gesellschaft und werden solchen Diskriminierungen in ganz Europa entgegentreten.“

Innerhalb der LSU nahm sich in besonderem Maße der saar-

Die jüngst in #Polen ins Leben gerufenen „#LSBTI-freien Zonen“ widersprechen unseren europäischen Werten. Wir stehen für eine vielfältige und offene Gesellschaft und werden solchen Diskriminierungen in ganz Europa entgegentreten.

@DirkToepffer

ländische Landesverband dieser Thematik an. Mit einer ausgeprägten Öffentlichkeitsarbeit gelang es unseren Freunden an der Saar, die polnische Problematik einem größeren Publikum präsent zu machen. So gelang es ihnen, dass sich die im Saarland regierende große Koalition gemeinsam gegen die Politik in Polen positionierte. Herman Scharf, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, bat zudem Außenminister Heiko Maas (seines Zeichens auch Saarländer) um Unterstützung. Armin König, Bürgermeister der saarländischen Gemeinde Illingen, schloss sich der LSU-Kampagne an und verurteilte das Vorgehen seiner polnischen Partnergemeinde Tuchow. „Ist es nicht merkwürdig, dass

eine kleine Gemeinde in Frankreich (Saint-Jean-de-Braye – wo man im Februar beschlossen hatte, die Partnerschaft mit Tuchów zu beenden, Anm. d. Red.) mit ihrem Bürgermeister, eine kleine Gemeinde im Saarland und eine couragierte polnische Bürgermeisterin endlich Bewegung gegen die PiS-Kampagne bringen, während die ‚grosse Politik‘ etwa in der EVP im Europaparlament bisher nicht in der Lage war, die rechtslastigen Aktivitäten zu ächten?“, sagte König gegenüber dem Mannschaft Magazin.

Dazu äußerte sich auch der Landesvorsitzende der LSU Saar, Thomas W. Schmitt: „Diese Art von Beschlüssen, die in den kommunalen Räten Polens entweder ‚zum Schutz der Rechte von Familien‘ oder gegen die Verbreitung der sogenannten ‚LGBT-Ideologie‘ gefasst werden, untergraben die Würde, Freiheit und Gleichbehandlung von LSBTI und stellen ihr Menschsein an sich in Frage. Unser Werteverständnis als LSU und als CDU lässt es nicht zu, dass wir hier sprachlos bleiben und nicht handeln. Deshalb danken wir Armin König für sein couragiertes Vorgehen! Großes entsteht eben doch sehr oft zunächst im Kleinen.“

LSU beschloss im Oktober Resolution zu Polen

Dabei steht die Lage in Polen spätestens seit der Bundesmitgliederversammlung im Oktober auf der politischen Agenda der LSU. Als niedersächsischer Landesverband haben wir eine Resolution zur Situation in Polen und Ost-Europa eingebracht, der die Mitgliederversammlung folgte. Darin heißt es: „Die LSU verurteilt die fortgesetzte Verletzung der Rech-

Viktor Orban hetzt gegen die Ehe für Lesben und Schwule und will die EVP nach rechts rücken

Nicht nur in Polen verschlechtert sich die Lage für Homosexuelle zusehends. Auch in Ungarn nimmt die Regierung die Angehörigen einer sexuellen Minderheit in den Fokus und versucht, sich auf deren Kosten zu profilieren. Ende Februar übersandte Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban ein Memorandum an seine Kollegen von der Europäischen Volkspartei (EVP), der auch CDU und CSU angehören.



Ungarns Ministerpräsident Victor Orban beim EVP-Kongress.

„Wir haben unser Familienmodell, das auf dem Ehebündnis zwischen einem Mann und einer Frau basiert, aufgegeben und sind in die Arme der Geschlechterideologie gefallen“, heißt es darin. **Urban fordert von der EVP einen Rechtsruck.** Er empfiehlt, auf nationaler Ebene Koalitionen mit rechten-außen und nationalistischen Parteien zu schließen.

Beobachter glauben, dass Orban damit den **Bruch seiner Regierungspartei Fidesz mit der EVP vorbereitet.** Vor der Europawahl war Fidesz aufgrund wiederholter Brüche mit den Grundwerten der Europäischen Union von der EVP suspendiert worden. **Orban vertritt das Modell der „illiberalen Demokratie“**, in der etwa Justiz und Medien der Regierung nicht zu sehr reinreden sollen.

Deutschland habe offenbar ein gesteigertes Interesse daran, Fidesz wieder in die EVP einzugliedern, um keinen Einfluss zu verlieren. Nun fürchten einige, wie das Mannschaft Magazin berichtet, dass Orban daraus eine Machtstellung für sich ziehen möchte – und damit den Kurs der EVP zu ändern versucht.



te von LSBTI durch die polnische Regierung und die sie tragende Partei PiS (Recht und Gerechtigkeit). Die Bundesmitgliederversammlung fordert den Bundesvorstand auf, alle ihm möglichen Schritte zu unternehmen, um die CDU-Führung verstärkt für die Problematik zu sensibilisieren und sich auf europäischer Ebene für die Fortsetzung und/oder Einleitung entsprechender Maßnahmen zur Achtung der LSBTI-Rechte durch die polnische Regierung einzusetzen.“

Die LSU in Niedersachsen legte damals schon vor, indem wir unserem Ehrenmitglied, der heutigen EU-Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen in einem Brief die Lage in Polen schilderten. An dieser Stelle sei aber angemerkt, dass von der Leyen mit Antritt des neuen Amtes all ihre Parteiämter niedergelegt hat, um die Neutralität zu wahren. Wir sind dennoch überzeugt, dass die Kommissionspräsidentin auch im neuen Amt die Belange der LSBTI im Blick behält.

Konkrete Vorschläge, wie die EU-Kommission nun handeln sollte, unterbreitet derweil die European Centre-Right LGBT+ Alliance. Zum einen fordert der europäische Zusammenschluss konservativ-bürgerlicher LSBTI-Parteigruppen (wie der LSU), dass die EU endlich die fünfte Antidiskriminierungsrichtlinie annehmen soll. Doch hier scheitert die Ratifizierung seit 2008 an Deutschland – an der CDU/CSU-Fraktion (siehe Kasten). Zum anderen fordert die Alliance, die finanzielle Förderung durch EU-Mittel für jene Staaten zu unterbinden, die sexuelle Minderheiten diskriminieren. Polen und auch Ungarn wären davon betroffen. 

Warum hat Deutschland nie die fünfte Antidiskriminierungs-Richtlinie der EU ratifiziert?

Im Zuge der sich verschlechternden Situation für sexuelle Minderheiten in Ost-Europa hat die „European Centre-Right LGBT+ Alliance“ gefordert, dass sich die Europäische Union auch für die Grundrechte von Lesben und Schwulen einsetzen müsse. In diesem Zusammenhang kritisierte die „Alliance“ auch, dass sich Deutschland seit 2008 weigert, die fünfte Antidiskriminierungs-Richtlinie der EU zu ratifizieren. Ohne das positive Votum aus Deutschland kann diese Richtlinie nicht rechtskräftig werden.

Warum aber weigert sich Deutschland? **Das Veto kommt hier seit jeher vonseiten der Unionsparteien.** Schon im Mai 2008 sagten die Unionsabgeordneten Thomas Bareiß und Johannes Singhammer bei ihrem Besuch beim EU-Kommissar Vladimír Špidla in Brüssel: „Wir fordern die EU-Kommission ausdrücklich auf, ihre Pläne zur Verschärfung der Antidiskriminierungsrichtlinie einzustellen.“ Die Dringlichkeit der Bekämpfung von Diskriminierung sei zwar geboten, erklärten die Abgeordneten. Ein erneutes Handeln der EU sei allerdings nur mit überflüssigen bürokratischen Auflagen verbunden und somit der falsche Weg.

Zwei Jahre später bekräftigte diese Haltung der CDU/CSU-Abgeordnete Markus Grübel noch einmal im Bundestag. Er halte die vierte Antidiskriminierungs-Richtlinie der EU für ausreichend. **Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz reiche sogar noch viel weiter,** führte er aus. Unklare Begrifflichkeiten in der EU-Richtlinie führten aber zu zahllosen Vertragsverletzungsverfahren. Grübel verwies in seiner Rede zudem auf das Subsidiaritätsprinzip und forderte, für Diskriminierung müsse innerhalb der Mitgliedsstaaten gesorgt werden. „Deutschland ist beim Diskriminierungsschutz bereits auf einem sehr guten Weg“, sagte er und erwähnt dabei unter anderem die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, die – das sei an dieser Stelle kritisch angemerkt – allerdings seit dem Ausscheiden von Christine Lüders im April 2018 nur noch kommissarisch geleitet wird.

Es wird allerdings auch gemutmaßt, dass sich die Union so lange gegen die Richtlinie gewehrt hatte, weil sie **fürchtete, über diesen Weg könne die Bundesrepublik zur Einführung der „Homo-Ehe“ gezwungen werden.** Die Zivilehe wurde nun geöffnet. Doch die Chance, die Richtlinie doch durchzubekommen, ist aufgrund der Lage in Ost-Europa nahezu aussichtslos. Polen und Ungarn müssten auch zustimmen. 



»Die CDU in die Zukunft führen«

Interview: Kai Seefried, Generalsekretär der Niedersachsen Union

Wenn alles nach Plan läuft, könnte die LSU im Dezember die achten Bundesvereinigung der CDU Deutschlands werden. Nachdem die CDU Berlin im vergangenen Jahr die offizielle Anerkennung der Lesben und Schwulen in der Union auf dem Bundesparteitag gefordert hatte, befasst sich eine neu gegründete Struktur- und Satzungskommission mit dieser Frage. Aber auch andere kritische Themen werden dort diskutiert. Wie läuft das ab? Wir haben einmal nachgefragt bei einem der Koordinatoren der Kommission, dem Generalsekretär der Niedersachsen Union, Kai Seefried.

LSU: Lieber Herr Seefried, wie setzt sich eigentlich die Struktur- und Satzungskommission zusammen und wer hat über die Zusammensetzung entschieden?

Seefried: Jeder Landesverband und jede Vereinigung entsendet zwei Mitglieder in die Satzungs- und Strukturkommission, jeweils einen Mann und eine Frau. Für die CDU in Niedersachsen wurden für den Landesverband Hannover die Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Maria Flachsbarth und ich als Generalsekretär der CDU in Niedersachsen entsendet. Auch die Landesverbände Oldenburg und Braunschweig

konnten jeweils zwei Vertreter entsenden.

Vorsitzender der Struktur- und Satzungskommission ist Generalsekretär Paul Ziemiak. Das Koordinierungsteam der Struktur- und Satzungskommission besteht aus Yvonne Magwas, Ina Scharrenbach, Philipp Amthor und mir.

Die Struktur- und Satzungskommission wurde am 11. November 2019 durch den CDU-Bundesvorstand eingesetzt. Danach hat der Bundesparteitag Anträge und Themen an die Kommission überwiesen und die durch die Landesverbände und Vereinigungen der CDU vorgeschlagenen Mitglieder ernannt.

Die Kommission muss sich mit diversen Anträgen befassen. Wie gewichtet sie die Vielzahl an unterschiedlichen Themen und wie entsteht eine Reihenfolge?

Seefried: Zu den wichtigsten Themen, auf deren Bearbeitung sich die Kommission in ihrer ersten Sitzung verständigt hat, zählen die Mitgliederstruktur (zum Beispiel: Wie kann der Anteil von Frauen gesteigert werden?), das Parteien- und Beitragsrecht, die Parteiorganisation (Abdeckung der Fläche durch hauptamtliche Mitarbeiter, aber auch die Struktur der Vereinigungen und Sonderorganisationen und der Status der LSU) und der Mitgliederservice (unter anderem zur Neumitgliederbindung). Diese Themen wurden bereits beziehungsweise werden noch auf den Sitzungen der Kommission bearbeitet.

Welche Themen sind dabei aus Ihrer Sicht die kontroversesten beziehungsweise diejenigen, die am meisten Diskussionsbedarf auslösen und warum?

Seefried: Es geht darum, die CDU Deutschlands in die Zukunft zu führen. Das heißt, dass auch die CDU sich weiterentwickeln und auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren muss, um auch zukünftig Volkspartei zu bleiben. Volkspartei heißt eben auch, alle gesellschaftlichen Gruppen in der CDU abzubilden und deutlich erkennbar zu machen. Hierzu gehört ganz eindeutig, dass die CDU mehr junge Menschen, aber auch mehr Frauen für die Mitarbeit in der Partei begeistern muss. Es kann nicht unser Anspruch sein, dass gerade einmal ein Viertel unserer Mitglieder weiblich ist. Daher gehört zu den zentralen Fragen auch, wie wir eine



Die Sitzungen können lang werden: Wenn die Struktur- und Satzungskommission über die Zukunft der CDU verhandelt, wird es keine Begrenzung der Dauer geben.

bessere Einbindung von Frauen in der Mitgliedschaft und auch eine stärkere Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten und auf kommunaler Ebene erreichen.

Daneben geht es um die Organisation unserer Vereinigungen. Wir sind zu Recht stolz darauf, dass wir mit ihnen ein Angebot für alle gesellschaftlichen Gruppen und Generationen in der Familie der CDU haben. Es wird jetzt auch um die Fragestellung gehen, wie wir die LSU, die sich in den vergangenen Jahren stark etabliert hat, hier besser einbinden können. Diese Fragestellung wird im Rahmen der nächsten Sitzung am 30. März verhandelt werden.

Wie sieht – auch unter den veränderten Rahmenbedingungen einer vorgezogenen Neuwahl des Vorsitzenden – der weitere Zeitplan der Kommission aus und wo sehen Sie noch Hürden?

Seefried: Die Kommission arbeitet unverändert und unabhängig von der Vorsitzendenwahl weiter.

„Wir sind zu Recht stolz darauf, dass wir mit unseren Vereinigungen ein Angebot für alle gesellschaftlichen Gruppen und Generationen in der Familie der CDU haben.“

Wir haben uns einen ehrgeizigen Zeitplan gegeben: Nachdem die erste Sitzung am 17. Februar stattgefunden hat, werden die nächsten Sitzungen am 30. März und 18. Mai stattfinden. Diese Sitzungen sind im Zeitumfang nicht begrenzt, so dass es lange Tage werden. Ein Zwischenbericht mit möglichst konkreten Ergebnissen soll dann am 19. Juni auf einer bundesweiten Kreisvorsitzendenkonferenz diskutiert werden. 🌐

Auszeichnung für Mareike Wulf

Landtagsabgeordnete wird Ehrenmitglied der Niedersachsen-LSU

Die LSU in Niedersachsen hat die CDU-Landtagsabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Mareike Lotte Wulf zu ihrem dritten Ehrenmitglied ernannt. Damit ehrt die LSU die hannoversche Abgeordnete für ihren Einsatz für LSBTI und ihr Eintreten für LSU-Anliegen innerhalb der CDU in Niedersachsen und der CDU-Landtagsfraktion. Wegen ihrer klaren Haltung bezeichnete der LSU-Landesvorsitzende Sven Alexander van der Wardt die Geehrte in seiner Laudatio vor Gästen aus Partei und Community als den „Idealtypus eines modernen Konservatismus christdemokratischer Prägung“.



LSU-Landeschef Alexander van der Wardt überreicht Mareike Wulf die Urkunde.

„Bürgerlich“ nicht gleichsetzen mit „antiliberal“

Insgesamt dreimal stand Mareike Lotte Wulf bereits für die hannoversche CDU auf der Bühne des hiesigen CSD, um ein Grußwort zu halten. „Ebenso selbstverständlich kamen wir kürzlich in Deinem Beitrag der ‚Civis mit Sonde‘, dem Debattenmagazin des Rings Christlich-Demokratischer Studenten vor“, so van der Wardt. Gemeinsam mit ihrer Fraktionskollegin Petra Joumaah versuchte sie Anfang 2019 die CDU-Landtagsfraktion zu einer Unterstützung der Bundesratsinitiative zum Verbot von Konversionstherapien zu überzeugen. Und erst kürzlich, Ende 2019, war es Mareike Lotte Wulf gelungen, beim SPD-Kultusminister eine Erhöhung der Landesförderung für das Antidiskriminierungs- und

Aufklärungsprojekt SCHLAU Niedersachsen zu erwirken. „Unsere Themen waren und sind Dir wichtig und so haben wir mit Dir eine überzeugte Mitstreiterin an unserer Seite“, schloss van der Wardt.

„Bürgerliche Politik muss immer eine offene Politik sein – für die Mitte“, erwiderte Mareike Lotte Wulf anschließend, nachdem sie die Urkunde ihrer Ehrenmitgliedschaft überreicht bekommen hatte. „Bürgerlich“ sei dabei nicht gleichzusetzen mit „antiliberal“. „Bürgerliche Politik kann alle ansprechen – unabhängig von der sexuellen Orientierung.“

2018 ernannte die LSU in Niedersachsen erstmals zwei Ehrenmitglieder: die frühere Verteidigungsministerin und heutige Präsidentin der EU-Kommission Dr. Ursula von der Leyen; und den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Dirk Toepffer.



Verlässlicher Partner und Mittler

Mitgliederversammlung: LSU diskutiert über die eigene Rolle

Seit drei Jahren arbeitet die LSU in Niedersachsen nun schon in Form eines eigenständigen Landesverbands – und die Bilanz kann sich sehen lassen. Wie LSU-Landeschef Alexander van der Wardt auf der Mitgliederversammlung des Verbands Ende Februar im Wilfried-Haselmann-Haus berichten konnte, wuchs die Mitgliederzahl seitdem kontinuierlich an. Im Vergleich zur Ausgangszahl konnte der Bestand um 57 Prozent gesteigert werden.

Darüber hinaus erwirbt sich die LSU in Partei und Community einen guten Ruf, weil sie als verlässlicher Partner und Mittler auftritt. Wie in jedem Jahr hat die Niedersachsen-LSU auch 2019 in Hannover, Oldenburg und Braunschweig in der Regel gemeinsam mit der CDU, manchmal auch mit JU und RCDS die regionalen CSD-Straßenfeste bespielt. Mit Informationsständen werben wir dort für die Union. „Hierbei besteht weiterhin eine sehr gute Zusammenarbeit mit unseren Freunden aus Hamburg, die uns unterstützen und die tatkräftig von uns unterstützt werden“, so van der Wardt.

Dem LSU-Landesverband gelingt es zudem immer mehr, in der Fläche zu wirken. So fanden die vier Präsenzsitzungen des Landesvorstands in Hannover, Osnabrück, Lüneburg und Leer statt (siehe Fotos). „Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, bei unseren Besuchen neben einem kleinen kulturellen Programm auch immer den Austausch mit Vertretern von Partei und Community vor Ort zu

suchen. So trafen wir in Lüneburg den Koordinator des ‚Checkpoint queer‘, in Leer tauschten wir uns mit Gitta Connemann sowie Vertretern der örtlichen LSBTI-Community aus“, erörtert Matthias Eitenbenz, stellvertretender LSU-Landesvorsitzender.

Inhaltlich war das vergangene Jahr geprägt von der Gesetzesinitiative, die ein Verbot der sogenannten Konversionstherapien erwirken sollte. „Als LSU-Landesverband haben wir frühzeitig die niedersächsischen CDU-Landtags- und -Bundestagsabgeordneten über die Problematik informiert“, berichtet van der Wardt. Damit sollte eine breite Akzeptanz für das Vorhaben des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn (CDU) erzielt werden. Besonders erfreulich war in diesem Zusammenhang, dass das niedersächsische Engagement im Berliner Büro des Ministers durchaus wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde.

Niedersachsen-LSU erarbeitet neues Leitbild

Wie geht es nun weiter? Die Mitgliederversammlung der Niedersachsen-LSU diskutierte, welche inhaltlichen Schwerpunkte die LSU in Zukunft setzen sollte. Doch statt Anträge zum Grundsatzzprogramm vorzubereiten, möchten sich die niedersächsischen LSU-Mitglieder zunächst auf den Weg machen, ein Leitbild zu entwickeln, das die Ausrichtung und das Selbstverständnis der LSU besser greifbar machen soll.



Image ohne Wirkung?

Die CDU hat in Hamburg massiv verloren. Und jetzt?

Man kann der CDU Hamburg nicht vorwerfen, die LSU nicht eingebunden zu haben. Im Gegenteil: Vier Kandidaten der LSU waren in ziemlich prominenter Position auf der Landes- beziehungsweise einer Bezirksliste platziert. Und das nicht etwa heimlich, sondern gut erkennbar, für alle sichtbar: Roland Heintze, Dietrich Wersich, Jörg Meyer und Annette Etezadadeh. Wer sie in der Community noch nicht kannte, konnte sie auf der Werbeanzeige im Hinnerk kennenlernen.

Man kann der CDU Hamburg nicht vorwerfen, die Themen der LSU ignoriert zu haben. Im Gegenteil: Die drei Kernforderungen der LSU Hamburg wurden auf dem Programmparteitag ins Wahlprogramm aufgenommen: LSBTI-Ansprechpartner bei der Polizei stärken, Aufklärungs- und Antidiskriminierungsprojekte an Schulen unterstützen, Vielfalt als Wirtschaftsfaktor hervorheben und pflegen.

Man kann der CDU Hamburg nicht vorwerfen, im Wahlkampf die Community vernachlässigt zu haben. Im Gegenteil: Die gemeinsame Veranstaltung der LSBTI-Kandidatin und -Kandidaten der Union zusammen mit dem CDU-Spitzenkandidaten Marcus Weinberg war sehr gut vorbereitet, sehr gut beworben und sehr gut besucht. Und sie wurde wahrgenommen, wie zum Beispiel die Berichterstattung des Politikmagazins „Cicero“ zum Wahlsonntag in Hamburg zeigte. Allerdings analysiert Ulrich Thiele darin auch, dass das Image ohne Wir-



CDU und LSU haben gemeinsam einen engagierten Wahlkampf geführt.

kung geblieben sei: „Tatsächlich war CDU-Spitzenkandidat Marcus Weinberg sichtlich bemüht, in der Großstadt mit einem liberalen Programm in den Wahlkampf zu gehen: Etwa durch Auftritte bei der LSU (Lesben und Schwule in der Union) und durch Versuche, ein sozialpolitisches Profil nach außen zu tragen – bei gleichzeitiger Beteuerung, sicherheitspolitisch konservativ zu sein, was im eben auch konservativen Hamburg zum Stimmenfang dazugehört.“ Zudem ist Weinberg als Mitglied der sogenannten „Wilden 13“ ja durchaus bekannt als Unterstützer unserer Anliegen. Nicht nur bei der steuerlichen Gleichstellung 2012 stand er deutlich an unserer Seite.

Dennoch: Thiele analysiert weiter, dass der Bekanntheitsgrad Weinbergs gering blieb. „In Hamburg hat kaum einer die

CDU auf dem Schirm, das neue Image scheint noch nicht bei den Bürgern angekommen zu sein.“

CDU muss das Großstadt-Image auch leben

Umso wichtiger, dass die CDU jetzt an diesem Image festhält, dieses nicht nur vorgibt, sondern lebt, und die LSU auch in den kommenden Jahren tatkräftig unterstützt – sich beim Rainbow-Flash blicken lässt, beim Hamburg Pride tatkräftig unterstützt und regelmäßig in den inhaltlichen Austausch mit der LSU tritt.

Die aktuellen Diskussionen in Hamburg lassen allerdings etwas anderes erahnen. Das Konzept der liberalen Großstadt-CDU sei gescheitert, heißt es. Jetzt will man wieder konservativ Kante zeigen. Alle LSU-Unterstützer sind nun offenbar weg.



Wichtige Hotlines zum Coronavirus:



Allgemeine Erstinformation und
Kontaktvermittlung, Behördennummer:

115

Ärztlicher
Bereitschaftsdienst:

116 117

Bürgerservice des Bundesministeriums
für Gesundheit:

030 346 465 100

Unabhängige Patientenberatung
Deutschland:

0800 011 77 22

Bürgerservice des
Auswärtigen Amtes:

030 18173000

Hotline des BMWI
für Unternehmen:

030 18615 1515

Hotline des BMWI
für Bürger:

030 18615 6187

Informationen zum Thema Kurzarbeitsgeld
für Arbeitgeber, Bundesagentur für Arbeit:

0800 4555520

Informationen zum Thema Kurzarbeitsgeld
für Arbeitnehmer, Bundesagentur für Arbeit:

0800 4555500



PSYCHISCHE GESUNDHEIT

IN ZEITEN DER CORONA-KRISE



Schalte die Push-Funktion für
Nachrichten auf deinem Handy aus.



Schalte Menschen, die Nachrichten
zur Corona-Krise teilen, stumm.



Beziehe deine Nachrichten nur aus
vertrauenswürdigen Quellen (wissenschaftliche
Institutionen, etablierter Journalismus).



Bespreche deine Ängste mit
jemandem, dem_der du vertraust.



Lenke dich mit Sachen ab,
die dir Spaß bereiten.

